

**//BESCHLUSS//**

## **Unterrichtsgarantie – ein Angriff auf die Personalausstattung für Ganztag, Inklusion und Sprachförderung Die Alternative der GEW: Maßnahmen gegen den Nachwuchsmangel Die Arbeit der Lehrkräfte attraktiver machen!**

**Datum:** 25.09.2017

**Beschreibung:** Beschluss des Landesdelegiertenkonferenz

**Inhalt:**

Resolution

Unterrichtsgarantie – ein Angriff auf die Personalausstattung für Ganztag, Inklusion und Sprachförderung

Die Alternative der GEW:

Maßnahmen gegen den Nachwuchsmangel

Die Arbeit der Lehrkräfte attraktiver machen!

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen warnt vor demagogischen Versprechungen zur „Unterrichtsgarantie“ und zu einem "Neustart für den Ganztag", mit denen CDU und FDP in den Wahlkampf ziehen.

Die GEW setzt sich dafür ein, dass der aktuelle Engpass in der Unterrichtsversorgung, der nicht durch fehlende Stellen, sondern durch Nachwuchsmangel verursacht wird, durch die Gewinnung von mehr Lehrkräften für die Schulen überwunden wird und nicht durch die Reduzierung der Stundenzuweisungen an die Schulen. Kurzfristige Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung dürfen nicht für strukturelle Verschlechterungen der Personalausstattung der Schulen missbraucht werden.

Wir raten, allen zu misstrauen, die eine schnelle Lösung versprechen

CDU-Spitzenkandidat Bernd Althusmann verspricht eine „Unterrichtsgarantie“ ohne zusätzliche Lehrkräfte für die Schulen einzustellen.

Die Aussage: „Wir setzen auf eine Priorisierung des Pflichtunterrichts bei der Stundenzuweisung“ bedeutet, dass die Personalausstattung für Inklusion, Sprachförderung und Ganztag gekürzt werden soll.

Die FDP kündigt einen „Neustart“ in der Ganztagschule an: Lehrkräfte, die im Ganztag eingesetzt sind, sollen abgezogen werden. Für die 1.800 Ganztagschulen sollen insgesamt nur noch 400 Lehrkräfte zugewiesen werden. Stattdessen sollen Vereine und Verbände die Nachmittagsbetreuung überwiegend sicherstellen.

Diese Absichten bedeuten das Ende der Ganztagschulen. Mit dem Ganztag light sind CDU und FDP schon einmal gescheitert.

## //BESCHLUSS//

Wir brauchen keinen Statistik-Trick sondern mehr Personal

Durch das Streichen der Stundenzuweisung für Ganzttag, Inklusion und Sprachförderung soll der statistische Wert der Unterrichtsversorgung verbessert werden.

Wir brauchen stattdessen mehr Lehrkräfte für diese Aufgaben! Das war und ist der Ruf aus den Schulen.

Zusätzlich brauchen wir eine Vertretungsreserve, damit die Kollegien die Ausfälle durch Krankheit und Fortbildung auffangen können.

Wir brauchen Maßnahmen gegen den Nachwuchsmangel

Natürlich merken wir alle, dass die Unterrichtsversorgung derzeit angespannt ist. Nachwuchsmangel ist bei den Lehrkräften für Grundschulen, Haupt-, Real- und Oberschulen und bei Sonderpädagog\*innen besonders spürbar. Gesamtschulen und Gymnasien spüren die Absenkung der Stundenzuweisung, die Kultusminister Bernd Busemann 2004 durchgeführt hatte.

In Niedersachsen macht sich wie in allen anderen Bundesländern bemerkbar, dass nicht rechtzeitig für die absehbare Pensionierungswelle und für den steigenden Bedarf an Lehrkräften für Ganzttagsschulen und Inklusion vorgesorgt worden war.

Vor 10 Jahren hätten die Weichen für eine Steigerung der Anzahl von Studierenden gestellt werden müssen. Schließlich dauert das Studium und das Referendariat fast sieben Jahre. Leider hatte die damalige Regierung unter Ministerpräsident Wulff die Warnungen und Forderungen der GEW in den Wind geschlagen.

Vor 10 Jahren hatte die schwarz-gelbe Regierung vor, 5.000 Stellen abzubauen. Sie hat es versäumt, mehr Personal einzustellen, um Vorsorge für die absehbare Pensionierungswelle und für eine ordentliche Personalausstattung des Ganztages zu treffen, wie es die GEW gefordert hatte.

Jetzt brauchen wir nicht erneut eine falsche Weichenstellung, die wieder zu einer Reduzierung der Personalausstattung der Schulen führt.

Jetzt brauchen wir Maßnahmen für mehr Nachwuchs an Lehrkräften:

- Zum 1.8.2018 Einstellung aller Lehrkräfte nach A 13 /E 13
- Zum 1.8.2018 eine neue Arbeitszeitverordnung Schulen, die schrittweise zur einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung führt
- Eine Neuregelung des Quereinstiegs: Die pädagogische Qualifizierung soll vor dem Berufseinstieg erfolgen und anschließend parallel zur Arbeit in den Schulen fortgesetzt werden. Das Stundendeputat soll während der berufsbegleitenden Qualifizierungsphase halbiert werden.

An allen Universitäten soll das Studium für alle Schulstufen eingeführt werden, um die Anzahl der Studierenden für das Lehramt zu erhöhen.